

Uwe Tschirner  
Postreitweg 8  
45472 Mülheim  
Tel. <0208> 78 20 342  
[Uwe.tschirner@t-online.de](mailto:Uwe.tschirner@t-online.de)

Wahlalternative  
**Arbeit & soziale**  
Gerechtigkeit

### Pressemitteilung

## **Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit: Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl**

An der Kommunalwahl wird sich die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit noch nicht beteiligen. Uwe Tschirner, Wahlalternative-Sprecher für Mülheim, erklärt hierzu: "Die Wahlalternative ist derzeit in erster Linie auf die Bundespolitik ausgerichtet: Ohne grundlegend neue Politik im Bund werden die Spielräume auf der kommunalen Ebene immer enger. Ohne unser Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von rund 40 Mrd. € pro Jahr, das insbesondere den Kommunen zu Gute kommen soll, gibt es ohnehin kaum mehr kommunalen Handlungsspielraum."

Trotzdem hat die Wahlalternative nunmehr Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl vorgelegt. Darin heißt es unter anderem: "Ohne die Unterschiede zwischen CDU und SPD zu verkennen, sind die Auswirkungen der Politik der beiden großen Parteien und ihrer grünen oder gelben neoliberalen Anhängsel für große Teile der Bevölkerung nicht länger tragbar." Tschirner erläutert hierzu: "Parteien, die für Hartz IV und stetig verschärften Sozialabbau stehen und gleichzeitig Einkommensmillionären Steuergeschenke bereiten, sind für uns auch auf kommunaler Ebene nicht wählbar. Zumal dieselben Parteien vor Ort immer wieder Privatisierungen und sogenannte Cross-Boarder-Leasing-Geschäfte vorangetrieben haben oder ihnen nicht entschieden entgegengetreten sind."

Dennoch erkennt die Wahlalternative an, dass dem sozialen Protest in Mülheim in einem lokalen Wahlbündnis Ausdruck gegeben wird, dessen politische Zielsetzungen im Einklang mit den Forderungen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit stehen: Dies gilt für die Mülheimer Bürgerinitiativen (MBI). Tschirner: "Dieses Wahlbündnis war schon in der letzten Wahlperiode im Kommunalparlament von Mülheim vertreten und hat dort sozial orientierte, bürgernahe Politik betrieben."

Neben der klaren Distanzierung von den etablierten Parteien verweigert die Wahlalternative aber auch den Wahlbündnissen die Unterstützung, in denen Personen mitwirken, die stalinistische Verbrechen leugnen oder gutheißen.

**Textlänge: 1.930 Zeichen**